



GRÜNE Schweiz

Raphael Noser
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

Raphael.noser@gruene.ch

031 326 66 07

Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Per Mail:

wak.cer@parl.admin.ch

Bern, 14. November 2025

**23.325 s Kt. Iv. ZH. Zeitlich befristete Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Der von der Kommission für Wirtschaft und Abgaben verabschiedete Vorentwurf sieht mittels einer Änderung des Arbeitsgesetzes (Art. 19 Abs. 6 und 7 ArG) vor, die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage von vier auf zwölf pro Jahr zu erhöhen. Diese Massnahme soll angeblich den neuen Einkaufsbedürfnissen und der Konkurrenz durch den Online-Handel Rechnung tragen.

Die GRÜNEN lehnen die vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes und die Ausweitung der Sonntagsarbeit ab. Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Gesundheit der Mitarbeitenden im Einzelhandel, welche bereits heute unter unregelmässigen Arbeitszeiten, fragmentierten Arbeitstagen, körperlichen anstrengenden Tätigkeiten und oft niedrigen Löhnen leiden. Im Gegenteil, er könnte die Prekarität und die Arbeitsbelastung von Mitarbeitenden verschärfen, die bereits unregelmässigen Arbeitszeiten, fragmentierten Arbeitstagen, körperlich anstrengenden Tätigkeiten und oft niedrigen Löhnen ausgesetzt sind.

Eine Ausweitung der Sonntagsarbeit hätte erhebliche negative Auswirkungen sowohl auf die geistige und körperliche Gesundheit als auch auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, da sie die Möglichkeiten zur Erholung und die freie Zeit mit Familie und Angehörigen einschränken würde. Wir halten es für unerlässlich, den Sonntag so weit als möglich als

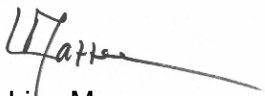
gemeinsamen Ruhetag zu bewahren, da er den sozialen Zusammenhalt stärkt, die Gesundheit der Arbeitnehmenden schützt und die für eine ausgewogene Gesellschaft unverzichtbaren sozialen und familiären Bindungen aufrechterhält.

Es wird argumentiert, dass mit einer Ausweitung der Öffnungszeiten die Läden von höheren Umsätzen profitieren. Aus Sicht der GRÜNEN ist es in Zeiten einer sich weiter verschärfenden Klimaerhitzung grundsätzlich falsch, unnötigen Konsum staatlich zu fördern - insbesondere auch, wenn diese Massnahme auf Kosten der Arbeitnehmenden im Detailhandel geht. Darüber hinaus sind wir jedoch klar der Ansicht, dass eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht zu mehr Umsatz im Detailhandel führen wird, da die Einkäufe mit verlängerten Öffnungszeiten lediglich auf mehr Tage verteilt würden. Eine solche Massnahme würde hingegen den wirtschaftlichen Druck auf kleine und mittlere Geschäfte erhöhen, die es sich nicht leisten können, häufiger zu öffnen, und die gegenüber den grossen Ketten benachteiligt wären. Dies könnte die Marktkonzentration zum Nachteil der Vielfalt des lokalen Handels verstärken, der für das soziale und wirtschaftliche Gefüge vor Ort jedoch von entscheidender Bedeutung ist.

Die GRÜNEN sind klar der Meinung, dass das derzeitige Gesetz, das maximal vier Sonntage pro Jahr und Ausnahmen für Tourismusregionen, Bahnhöfe und Flughäfen vorsieht, ausreichend ist. Es berücksichtigt die besonderen Bedürfnisse bestimmter Branchen und schützt gleichzeitig das Grundprinzip der Sonntagsruhe, das für seinen sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Wert anerkannt ist. Die GRÜNEN beantragen der Kommission deshalb, auf die vorgeschlagene Gesetzesänderung zu verzichten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone
Präsidentin



Raphael Noser
Leiter Bereich Politik